



Medienmitteilung von BUND, NABU und regioWASSER e.V.

## **Polder Breisach-Burkheim:**

### **Umweltverbände appellieren an Gemeinden, auf langwierige juristische Auseinandersetzungen zu verzichten**

Freiburg, 21. Juni 2020

In jahrelangen Verhandlungen haben sich allen Seiten darauf geeinigt, dass parallel zum Bau des Polders Breisach-Burkheim die „Schlutenlösung“ einem mindestens fünfjährigen Praxistest unterzogen wird. Alle Seiten hatten akzeptiert, dass sie das Ergebnis des Schlutentests anerkennen werden. Sollte sich die Flutung der Schluten als ebenbürtig mit den Ökologischen Flutungen erweisen, haben sich auch die Umweltverbände trotz großer „Bauchschmerzen“ bereit erklärt, auf die Ökologischen Flutungen zu verzichten.

Umso irritierter sind die Umwelt- und Naturschutzverbände jetzt, dass die Anrainergemeinden und die Bürgerinitiative (BI) den Kompromiss aufkündigen wollen. Wenn das Ergebnis des Schlutentests nur knapp zu Gunsten der Ökologischen Flutungen ausgehen sollte, wollen sich die Kommunen ein Klagerecht einräumen lassen. Das verwundert auch deshalb, weil die Kommunen eng in alle Modalitäten des Tests und dessen Auswertung einbezogen werden. Dafür haben sich im Interesse der Kommunen auch immer wieder die Umweltverbände stark gemacht. Trotzdem auf dem Klageweg zu beharren, falls man „ein Haar in der Suppe“ findet, stellt den mühsam ausgehandelten Kompromiss in Frage.

Wenn die Kommunen und die BI tatsächlich einen Klageweg beschreiten wollen, müssten sie fairerweise damit einverstanden sein, dass sich die Umweltverbände im umgekehrten Fall ebenfalls ein Klagerecht einräumen lassen. Das wäre der Fall, wenn der Test nur geringfügig zu Gunsten der Schlutenlösung ausgehen sollte.

### **Dem dringend notwendigen Hochwasserrückhalt keine weiteren juristischen Hindernisse in den Weg legen!**

Die sich über Jahre hinweg ziehenden Prozesse um den Polder „Alte Elzmündung“ haben gezeigt, dass der Schlagabtausch vor Gericht für die Gemeinden letztlich nicht zielführend war. BUND, NABU und regioWASSER e.V. appellieren deshalb an die Gemeinden und die BI, auf langwierige, kostspielige und zeitaufwendige juristische Scharmützel zu verzichten. Damit endlich ein Knoten auf die Sache kommt, sind die Verbände weiterhin bereit, den für die Naturschutzverbände durchaus schmerzhaften Kompromiss ohne Wenn-und-Aber zu akzeptieren. Für die Umweltverbände kommt es in Verantwortung gegenüber den weiter rheinabwärts liegenden Gemeinden jetzt darauf an, den dringend erforderlichen Hochwasserrückhalt zeitnah zu realisieren: Denn vor einer dramatischen Hochwasserkatastrophe wie zuletzt im Mai/Juni 2013 an Donau und Elbe sind auch die Rheinanwohner nicht gefeit!